

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates der Stadt Biberach - öffentlich -

am 19.12.2016 Ende: 19:10 Uhr Beginn: 17:15 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzende/r:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadtrat Tom Abele Stadträtin Lucia Authaler Stadträtin Magdalena Bopp

Stadtrat Alfred Braig

Stadtrat Hans-Peter Brenner

Stadtrat Otto Deeng Stadtrat Rainer Etzinger Stadträtin Steffi Etzinger Stadtrat Christoph Funk Stadträtin Marlene Goeth Stadträtin Flavia Gutermann Stadtrat Hubert Hagel

Stadtrat Ralph Heidenreich Stadtrat Ulrich Heinkele Stadträtin Monika Holl Stadträtin Manuela Hölz Stadtrat Reinhold Hummler Stadträtin Elisabeth Jeggle Stadtrat Werner-Lutz Keil Stadtrat Friedrich Kolesch Stadtrat Bruno Mader

Stadtrat Dr. Rudolf Metzger Stadtrat Herbert Pfender Stadtrat Dr. Heiko Rahm Stadtrat Dr. Peter Schmid Stadtrat Peter Schmogro Stadträtin Silvia Sonntag Stadtrat Johannes Walter

Stadtrat Josef Weber

Stadtrat Dr. Otmar M. Weigele Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

entschuldigt:

Stadträtin Gabriele Kübler

Protokollführer:

Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Helmuth Aßfalg, Stafflangen Walter Boscher, Ringschnait

Kerstin Buchwald, Wieland-Stiftung Carola Christ, Stadtplanungsamt

Christopher Dürste, Personal

Irene Emmel, Amt f.Liegenschaften u.Wirtschaftsförd.

Verena Fürgut, Persönliche Referentin d.Oberbürgermeisters

Helmut Hiller, Hauptamt

Siegfried Kopf, Hochbauamt

Baubürgermeister Christian Kuhlmann

Brigitte Länge, Ordnungsamt

Margit Leonhardt, Kämmereiamt

Markus Merkle, Baubetriebsamt

Mark Rechmann, Tiefbauamt

Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer

Tanja Schneider, Amt für Bildung, Betreuung u, Sport

Alexander Wachter, Mettenberg

Robert Walz, Gebäudemanagement

Markus Weisshaupt, Forstamt

Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt

Erster Bürgermeister Roland Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Stellungnahme zum Überfall am 3. Adventswochenende	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Hausaufgabenbetreuung in der Stadt Biberach Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverband Biberach e.V. auf Verlängerung und Erhöhung des Personalkostenzuschusses	2016/084
4.	Altenhilfefachberatung - Finanzierung und Trägerschaft des Seniorenbüros	2016/086
5.	Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes	2016/091/1
6.	Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach	2016/094
7.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das Haushaltsjahr 2017 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung	2016/101
8.	Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung AbwS) - Festsetzung der Abwassergebühren	2016/088
9.	Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für das Haushaltsjahr 2017	2016/100
10.	Bekanntgaben	
10.1.	Bekanntgaben - Wieland-Stiftung	
10.2.	Bekanntgabe eines nichtöffentlichen Beschlusses des Gemeinderats vom 27.10.16	2016/028
11.	Verschiedenes	
11.1.	Verschiedenes – Wieland-Stiftung	
11.2.	Verschiedenes – Jahresrückblick des Ersten ehrenamtlichen OB- Stellvertreters	

Die Mitglieder wurden am 14.12.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 14.12.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Stellungnahme zum Überfall am 3. Adventswochenende

OB <u>Zeidler</u> berichtet vor Eintritt in die Tagesordnung wie folgt von einer Messerstecherei, die sich am dritten Adventswochenende in Biberach ereignet hat: "Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats, wie Sie vermutlich alle aus der Presse erfahren haben, wurde am 3. Adventswochenende ein 36-jähriger Bürger unserer Stadt auf dem Nach-Hause-Weg lebensbedrohlich durch Messerstiche verletzt.

In der Zwischenzeit ist der Tathergang bekannt, er wurde mir im Übrigen auch durch das zweite Opfer, das nicht mit dem Messer angegriffen wurde, persönlich geschildert: Auslöser für diese Tat war ein einfacher Hinweis des Opfers an den späteren Täter, die Rempelei, die im Vorbeilaufen auf dem Heimweg passiert ist, zu unterlassen. Daraufhin hat der Täter einen zweiten Mann zur Unterstützung geholt und gemeinsam mit diesem die beiden verfolgt. Ohne weiteres Gespräch hat der Mann sofort mit dem Messer zugestochen – eine niederträchtige Tat aus niederen Beweggründen!

Gott sei Dank ist der Angegriffene inzwischen außer Lebensgefahr, doch eine solche Tat hier bei uns in Biberach hat bei mir, ebenso wie bei Ihnen, Entsetzen, Entrüstung und vor allem völliges Unverständnis ausgelöst. Dass jemand auf Grund eines einfachen Wortwechsels zu einer solchen Tat fähig ist, ist mit normalem Menschenverstand nicht nachvollziehbar. Diese Tat beschäftigt viele Menschen in unserer Stadt.

Den beiden Betroffenen habe ich mein Mitgefühl ausgesprochen und die Hilfe der Stadt angeboten. Gleichzeitig möchte ich auch die heutige Sitzung dazu nutzen, etwaige Zeugen eindringlich zu bitten, sich mit der Polizei in Verbindung zu setzen. Sie könnten wertvolle Hinweise geben, um die Täter möglichst zeitnah dingfest zu machen.

Gleichzeitig erwarten wir alle von der Polizei, dass sie diese Straftat mit Nachdruck verfolgt und die Täter schnell ermittelt. Ein solch unkontrolliertes und massives Maß an Gewalt dürfen wir in unserer Gesellschaft und wollen wir in unserer Stadt nicht dulden."

TOP 2. Bürgerfragestunde

Herr <u>Magdalinos</u> möchte von Baubürgermeister Kuhlmann wissen, ob die von der Stadt angestrengte einstweilige Verfügung gegen die Plakatierung im Bader-Haus angemessen und verhältnismäßig sei.

OB <u>Zeidler</u> wirft ein, dass das Verfahren nicht von Herrn Kuhlmann angestoßen wurde, sondern in Absprache mit ihm als oberstem Dienstherren. Es sei absolut angemessen und verhältnismäßig, gegen eine solche Verleumdung der Mitarbeiter vorzugehen. Er bitte Herr Magdalinos darum, sich einmal genau durchzulesen, was dort alles stehe.

TOP 3. Hausaufgabenbetreuung in der Stadt Biberach
Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverband Biberach
e.V. auf Verlängerung und Erhöhung des Personalkostenzuschusses

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/084 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 06.12.2016.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Enthaltungen (StRe Goeth und Heinkele) und sonstigen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der pauschale Zuschuss an den Deutschen Kinderschutzbund Ortsverband Biberach e.V. (DKSB) in Höhe von 40.000,00 Euro wird für die Jahre 2017 bis 2019 verlängert. Der Verein erhält diesen weiterhin für die im Rahmen des "Kindertreffs", des "Treffpunkt5plus" und des "Kleinen Rohrspatz" ausgeübte Hausaufgabenbetreuung.
- 2. Aufgrund der nachweislich gestiegenen Personalaufwendungen bedingt durch die verstärkte Nachfrage an den Angeboten des Deutschen Kinderschutzbundes wird der bisherige Zuschuss von 40.000,00 Euro/ Jahr auf 47.800,00 Euro/ Jahr erhöht.
- 3. Der Sperrvermerk auf der Haushaltsstelle 1.4600.700000 für den Haushalt 2017 wird hiermit aufgehoben.
- 4. Der Deutsche Kinderschutzbund Ortsverband Biberach e.V. weist jährlich unaufgefordert im ersten Quartal des folgenden Jahres die tatsächlich entstandenen und notwendigen Personalausgaben für die pädagogischen Fachkräfte des Vorjahres nach.

TOP 4. Altenhilfefachberatung - Finanzierung und Trägerschaft des 2016/086 Seniorenbüros

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/086 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 06.12.2016.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat bei 3 Nein-Stimmen (StRe Braig, Funk, Dr. Weigele), 5 Enthaltungen (StRe Holl, Keil, Mader, Dr. Metzger und Dr. Rahm) und sonstigen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt einer gemeinsamen Finanzierung des Seniorenbüros von Stadt und Hospital, unabhängig von der Trägerschaft, zu.
- 2. Der Sperrvermerk auf Haushaltsstelle 1.4980.700600 in Höhe von 48.750,- Euro wird aufgehoben.
- 3. Die noch zu erstellende Vereinbarung über die gemeinsame Finanzierung des Seniorenbüros soll rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft treten.

TOP 5. Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes

2016/091/1

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/091/1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 05.12.2016.

OB <u>Zeidler</u> führt aus, dass der kommunale Ordnungsdienst ausgebaut werden solle. Es müsse für Biberach eine veränderte Sicherheitslage konstatiert werden und damit einhergehend ein verändertes individuelles Sicherheitsempfinden. Mit der vorgeschlagenen Aufstockung werde der Ordnungsdienst eine höhere Präsenz in der Stadt haben, was er persönlich als sehr positiv erachte. Allerdings möchte er auch klarstellen, dass mit dieser Aufstockung das Ende der Fahnenstange hinsichtlich der kommunalen Ordnungsbemühungen erreicht sei. Die Hoheit hierfür liege nicht bei der Stadt, sondern an anderer Stelle und von dieser erwarte er mehr Präsenz.

StR <u>Abele</u> bekundet die uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Fraktion. Wichtig sei, dass diese zusätzlichen 1,6 Stellen ausnahmslos für die Verbesserung der Sicherheitslage eingesetzt werden. Der Präsenzdienst sei vor zehn Jahren eingesetzt worden und seine Arbeit auf jeden Fall positiv zu bewerten. Es habe sich gelohnt, dieses Projekt zu starten und im Namen der CDU-Fraktion möchte er sich beim Dornahof für die geleistete Arbeit bedanken. Die Sicherheitslage in Biberach habe sich verändert und die Vorlage trage diesem Sachverhalt Rechnung. Sollte sich die Verwaltung in Zukunft wieder mit dem Thema Präsenzdienst beschäftigen, sei die CDU-Fraktion offen dafür.

StR <u>Dr. Metzger</u> hält den Vorschlag der Verwaltung ebenfalls für gut begründet. Der Präsenzdienst sei über Jahre ein gutes Angebot gewesen, allerdings entspreche er weder der geänderten Sicherheitslage noch dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Trotzdem begrüße es die SPD-Fraktion ausdrücklich, dass der Gedanke eines Präsenzdienstes nicht völlig verworfen wurde, sondern bei geänderten Rahmenbedingungen wieder aufgenommen werden könne. Variante A sei aus Sicht der SPD der einzig sinnvolle, man werde dieser daher zustimmen.

StRin <u>Etzinger</u> stimmt ebenfalls Variante A mit zusätzlichen 1,6 Stellen zu. Allerdings wäre es ihr am liebsten, wenn die Stellen gar nicht erforderlich wären und man einfach so friedlich miteinander sein könnte. Sie hoffe, dass die Befristung der Stellen bis Ende 2019 ausreicht.

StR <u>Dr. Schmid</u> bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Präsenzdienst nicht fortgesetzt wird. Dieser habe eine gute Arbeit geleistet. Auch die Grünen seien klar für Variante A. Hierdurch sei eine Doppelstreife gewährleistet, wodurch die Stadt ihrer Fürsorgepflicht nachkomme.

StR <u>Funk</u> bezeichnet die innere Sicherheit als staatliche Kernaufgabe. Wenn das Land mit der Polizei dieser Aufgabe nicht nachkomme, oder nicht nachkommen könne, werde es zu einer kommunalen Aufgabe. Die FDP werde der Vorlage daher zustimmen, aber verbunden mit dem Hinweis, dass Personal an anderer Stelle mittelfristig abgebaut werden müsse.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) der Stadt Biberach wird ausgebaut. An den Wochenenden werden die Dienstzeiten bis 03:00 Uhr ausgeweitet. Es sind an den Wochenenden grundsätzlich zwei Doppelstreifen im Einsatz.
- 2. Der Ausbau des KOD erfolgt gemäß der Variante A um 1,6 Stellen.
- 3. Die Stellen werden befristet bis 31.12.2019 geschaffen.

TOP 6. Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der Christoph Martin 2016/094 Wieland-Stiftung Biberach

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/094 zur Beschlussfassung vor.

StR <u>Pfender</u> meint, dass es zu dieser Vorlage nicht viel zu sagen gebe. Es habe keinerlei Beanstandungen gegeben, er möchte Frau Buchwald für die geleistete Arbeit danken.

StR <u>Keil</u> und StRin <u>Gutermann</u> schließen sich dem Dank an. StR Dr. <u>Wilhelm</u> ergänzt, dass es erfreulich sei, dass die Spenden an die Stiftung zugenommen haben.

StR Dr. Weigele befürchtet, dass der Wieland-Stiftung der Marsch in die kulturelle Bedeutungslosigkeit bevorsteht. Dies sei keine Panikmache, sondern Folge der in jüngster Zeit getroffenen Beschlüsse. Anhand von acht Punkten möchte er seine Einschätzung begründen. Erstens habe sich die Stadt mehrheitlich dafür entschieden, drei Millionen in die Sachausstattung der Stiftung zu investieren. Zweitens sei damals, um das Erbe Wielands wachzuhalten und weiterzutragen, ein Zweckbündnis mit der Wieland-Gesellschaft eingegangen worden. Drittens sei die finanzielle Ausstattung der Stiftung damals so angelegt gewesen, dass für die geplanten Aktivitäten eine Geschäftsführer-Vollzeitstelle des höheren Dienstes eingerichtet werden sollte. Viertens müsse eine kulturelle Einrichtung laufend Projekte durchführen, um in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erhalten. Solche Projekte würden aber nicht vom Himmel fallen, sondern müssten von Menschen erarbeitet werden. Die Wieland-Stiftung sei zwar in kommunaler Hand, allerdings handele es sich nicht um ein kommunales Monopol-Unternehmen. Insofern sei sie der Konkurrenz ausgesetzt und müsse sich dieser jederzeit stellen. Fünftens sei Biberach keine europäische Kulturhauptstadt, aber ein kulturelles Mittelzentrum. Um mit anderen größeren Städten konkurrieren zu können, müsse viel getan werden. Sechstens fehlen der Stiftung aufgrund der derzeit niedrigen Zinsen rund 60.000 bis 90.000 Euro pro Jahr. Mit diesem Mehrbetrag wäre ein nachhaltiges Wirken der Stiftung gewährleistet. Mit lediglich einer Halbtagsstelle sei es der Stiftung nicht möglich, ausreichende Außenwirkung zu erzielen. Als achten und letzten Punkt möchte er die Stiftung mit einem teuren Sportwagen vergleichen, der aufgrund Benzinmangels nur untertourig fahren könne und dessen Motor dann irgendwann kaputtgehe. Im Falle der Stiftung leide hierunter nicht nur der Fahrer, sondern gleich ein ganzes Fahrerlager an engagierten Mitarbeitern. Er hoffe daher, dass der Rat eine tragfähige Lösung finden werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2015 für die Christoph Martin Wieland-Stiftung Biberach wird festgestellt.
- 2. Die Geschäftsführung wird entlastet (§ 16 EigBG).

TOP 7. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Biberach für das 2016/101 Haushaltsjahr 2017 Änderungen des Entwurfs und endgültige Festsetzung

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2016/101 zur Beschlussfassung vor. Grundlage der Beratung ist ebenfalls der Entwurf des Haushaltsplans 2017, der dieser Niederschrift nicht beigefügt ist. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Auf Frage von OB Zeidler verzichtet der Gemeinderat auf das Verlesen der Haushaltssatzung.

OB <u>Zeidler</u> äußert sich wie folgt: "Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer, um es gleich zu sagen: Ich werde heute eine offensive Haushaltsrede im Sinne von mutig halten – nicht im Sinne von despektierlich. Und gerade deswegen bitte ich gleich am Anfang um Ihre aller in weihnachtlichem Geiste geprägte Absolution!

Ich habe mir in einer Anwandlung von Fleiß und Dienstbeflissenheit in der Vorbereitung auf diese Ansprache erneut Ihre Haushaltsreden durchgelesen, soweit sie mir schriftlich vorlagen, und das Ganze auch mit den von Ihnen gestellten Anträgen nochmals auf mich wirken lassen.

Mein Eindruck: Selten lagen Sie alle zu Beginn der Haushaltsplanberatungen so weit auseinander. Und um das im Einzelnen, vielleicht auch etwas überspitzt, auf den Punkt zu bringen: Die CDU ist mit der finanzpolitischen Situation und Ausrichtung der Stadt zufrieden, fühlt sich aber seitens der Verwaltung, was in der Vergangenheit liegende Leitanträge der CDU betrifft, stiefmütterlich behandelt. Die SPD-Fraktion setzt auf eine sehr zügige Umsetzung des Investitionsplans und ist dabei auch bereit, "...in eine Verschuldung zu gehen." Die FW-Fraktion fordert vehement Entschleunigung ein und kündigt für künftige Haushaltspläne an, bei einem "Weiterso" nicht mehr zustimmen zu können. Die Grünen wähnen den Schulterschluss zum Finanzbürgermeister, betonen aber auch, sich in den Bereichen "Mobilität, Gestaltung der Innenstadt" und "Umwelt- und Klimaschutz" in einem Dissens mit den Kollegen zu befinden. Die FDP kritisiert ebenfalls zu hohe Personalkosten, bekennt sich aber eindeutig zum Bereich "Bildung und Betreuung", erneuert ihre Kritikfelder "Kulturbudget, Jugend Aktiv, etc." und ist zu weiteren Steuernachlässen bereit. Lieber Herr Heidenreich, von Ihnen lag mir leider nichts Schriftliches vor. Mir sind in Erinnerung: Digitalisierung und die Wirtschaftsnähe der Biberacher Kommunalpolitik. Meine Damen und Herren, das war eine ganz ordentlich unterschiedliche Ausgangs- und Gefühlslage, mit der wir Mitte November in diese Beratungen eingetreten sind.

Dem FDP-Beitrag des letzten "Biberach Kommunal", Herr EBM Wersch und ich hätten unterschiedliche Reden gehalten, möchte ich widersprechen: Meine finanzielle Kernbotschaft der Haushaltsplanberatungen lautete – nachzulesen übrigens auf Seite fünf meiner Haushaltsrede – "... das sollte zum einen eine gewisse Gelassenheit, aber trotzdem einen nach wie vor hinterfragenden Blick auf alle Investitionen, personellen Entwicklungen und städtische Zuschüsse befördern!" Die ebenfalls nicht schriftlich vorliegende Kernbotschaft des Ersten Bürgermeisters war sein seit Jahren immer wieder neu formuliertes Credo, Mantra oder schlicht Botschaft: "Es läuft zu viel, Ihr müsst das auf der Projektseite mehr entschleunigen."

Meine Damen und Herren, meine Auguren melden mir: Wir sollten ruhig bleiben.

Die Verwaltungsspitze ist sich kompromisslos einig, dass wir unsere Rücklage dauerhaft hochhalten sollten, um auch in einer schwierigen Haushaltslage entsprechend reagieren zu können und sie möglichst weich abzufedern. Und für den Fall, dass...: Die Verwaltung ist gut vorbereitet. Wir haben den Fraktionsvorsitzenden bereits am 12. Juni 2015 einen Entwurf zum Konzept zur finanziellen Zukunftssicherung zugesandt. Dieses Konzept beinhaltet insgesamt 12 Seiten mit 204 Vorschlägen, allerdings recht unterschiedlicher Qualität. Wir sehen uns also durchaus in der Lage, zeitnah Fettpölsterchen abbauen zu können. Außerdem möchte ich in dieser Runde darauf hinweisen, dass auch meine Verwaltung des Lesens mächtig ist und dieselbe auch zur Kenntnis genommen hat,

- a) dass wir eine Rekordrücklage haben und
- b) dass wir letztes Jahr völlig ohne Not die Grundsteuer um 800.000 € gesenkt haben.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es zwar schön, über Haushaltskonsolidierungen und personelle Einschnitte zu diskutieren, aber sie sind nur unglaubwürdig umzusetzen. Da wirst du als Chef – sorry – irgendwann nicht mehr für voll genommen. Und das wollen Sie mir doch ersparen!

Ich glaube an etwas ganz anderes, meine Damen und Herren: Ich glaube an die normative Kraft des Fiktiven. Tun wir doch mal so, als ob tatsächlich die Rücklage auf 80 Mio. Euro abgeschmolzen wäre – was glauben sie, was dann hier los ist! Dann werden wir in diesem Saal Investitionsplanung, Projekte, Personal und neue Aufgaben ganz anders diskutieren – und das ist gut so!

In den Beratungen gab es von Ihnen allen für unsere Arbeit Lob und selbstverständlich auch Kritik. Ich habe in Ihren Beiträgen Grummeln zu den Kindergartengebühren, zur Verlässlichen Grundschule und zur flexiblen Nachmittagsbetreuung beziehungsweise deren Gebühren vernommen, aber keinen einzigen Antrag gelesen. Ich habe Grummeln zu den Personalkosten vernommen, aber keinen Beitrag oder Antrag zur Senkung der Personalkosten konkret vernehmen dürfen.

Wenn ihnen das nicht passt, dann sollten sie da etwas mutiger sein und die Ansätze konkret benennen, dann können wir auch darüber reden. Und ich denke der Erste Bürgermeister hat in seiner Rede ihnen sehr deutlich gemacht, wo die Personalkostensprünge herkommen. Einerseits hier gebetsmühlenartig uns selber um die Bedeutung von Bildung und Betreuung zu preisen und andererseits in der Kenntnis, dass genau das der Personalkostentreiber Nummer eins, zwei und drei ist, eine Senkung der Personalkosten zu fordern, dafür bin ich wenig empfänglich und empfinde das durchaus auch dem Rest der Verwaltung gegenüber als gelinde gesagt unhöflich.

Sie alle wissen um den Dampf und Druck in diesem Haus, Sie loben uns für unsere Leistungen. Sie haben dankenswerterweise auch anerkannt, dass wir die Themen "Flüchtlinge", sowie "Hochwasser, Hochwasserschutz und Hochwasserhilfe" sehr gut abarbeiten konnten, – dass wir also unsere Leistungsfähigkeit durchaus unter Beweis stellen, wenn wir mit Neuem, Unplanmäßigem konfrontiert werden.

Mir war wichtig, dass bei der Beantwortung Ihrer Anträge nicht noch mehr Arbeit oben drauf kommt. Denn: bei manchen Anträgen zum Haushalt ist Ihre Kreativität ungebremst. Das kam dann in der einen oder anderen eher lieblosen Stellungnahme von uns zum Haushalt durchaus zum Ausdruck. Ich verspreche Ihnen da gerne mehr Empathie, wenn sie mir gleich sagen, wer das im Einzelfall dann auch immer machen soll.

Das Ganze muss man aber auch selbstkritisch reflektieren – und ehrlich sein. Wir können seitens der Verwaltung ihnen nicht immer den Schein vorzaubern, dass wir diese Projekte auch noch tun könnten und dieses und jenes kein Problem darstellen würde. Andererseits weiß ich sehr wohl darum, dass in unserem Hause eine übrigens mitunter gewollte Eigendynamik vorhanden ist, die auch zu weiteren Projekten führen kann.

Und deswegen werde ich Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten, wie wir meiner Meinung nach das Thema "Entschleunigung" gemeinsam besser gestalten können: Ich möchte Sie bitten, dass Sie zukünftig eine Liste führen von Aufgaben, die sich die Verwaltung selber ans Bein hängt, wo sie selbst Projekte kreiert und wo sie vielleicht auch sagen: Muss das jetzt sein – damit meine ich jetzt nicht den ruhenden Verkehr.

Ich werde von meiner Seite alle unsere Beratungen zukünftig mit einem roten Stift begleiten, indem ich in den Sitzungen, die ich leite, die von Ihnen vorgeschlagenen weiteren Aufgaben, Untersuchungen, Arbeitsaufträge oder kommunale Politik im Zeichen des DIN A 4-Blättles festhalten werde. Lassen Sie uns das nach einem halben Jahr bitte miteinander abgleichen.

Erlauben Sie mir zum Schluss dann aber doch die Feststellung, dass wir es miteinander wieder gut hinbekommen haben, dass dieser Haushaltsplan, diese gewogenen 1.580 g Papier,

- die Dynamik unserer Stadt,
- das Glück und die Sonderstellung unserer Stadt in dieser Zeit,
- den permanenten sozialen Ausgleich, um den wir uns immer bemühen,
- die Förderung von Schwachen und Benachteiligten,
- aber auch die Förderung von Talentierten,
- den Erhalt von Werten und unserer Infrastruktur
- die Abwehr von Gefahren und den Schutz unserer Bevölkerung
- den Glaube an die Zukunftsfähigkeit

widerspiegelt oder: der HH-Plan ist für jeden Biberacher nach der Bibel eigentlich das zweitschönste Buch, didaktisch allerdings komplett unterschiedlich aufgebaut – in der Bibel finden Sie die Apokalypse christlich übersetzt übrigens Offenbarung ganz hinten, die finden Sie bei uns ganz Vorne, im Vorbericht. Weiter hinten wird dann unser Haushaltsplan einer sehr frohen neutestamentlichen Botschaft gerecht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und für den insgesamt sehr konstruktiven Verlauf unserer Beratungen!"

Anschließend geht EBM <u>Wersch</u> mittels einer Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist, kurz auf die kleinen Verschiebungen ein, die sich seit Einbringung des Haushalts ergeben haben. Bei den Sachkostenbeiträgen seien die Einnahmen nun etwas höher und die Kreisumlage werde etwas niedriger ausfallen. Insgesamt können damit 1,6 Mio. Euro vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt transferiert werden.

Für die CDU-Fraktion äußert sich StR <u>Abele</u> wie folgt: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Verwaltungsspitze und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Anwesende.

Die Rede zur ersten Lesung schloss ich mit den Worten: "In diesem Sinne gute Planberatungen mit einem hoffentlich großen Interesse der Bürgerschaft". Das erstere kann ich im Wesentlichen bestätigen, über das zweitere jedoch ist nachzudenken. Doch dazu später mehr. Wir hatten insgesamt entspannte Beratungen. Allerdings waren diese auch dadurch gekennzeichnet, dass die Verwaltung oftmals wenig Enthusiasmus für die Anträge der Fraktionen entwickelte und in der Folge etliche Anträge zurückgezogen werden mussten, da ohne die Liebe der Braut (hier die Verwaltung) der Bräutigam (hier der Gemeinderat) mit seinem Antrag vor dem Altar (hier die Verwaltungsbank) recht erfolglos bleibt.

Wir können nachvollziehen, dass aufgrund der aktuellen Arbeitsbelastung in der Verwaltung die Verwaltungsspitze sich vor die Mitarbeiter zu stellen und Ideen und Wünsche so weit wie möglich "abzuwehren" hat. Doch darf das Argument, dass keine Kapazitäten für neue Aufgaben vorhanden sind, in der Folge nicht dazu führen, dass Initiativen aus dem Gremium außen vor bleiben. Natürlich kann der Gemeinderat Themen beschließen, die nicht in die Verwaltungsplanung passen (und dies hat er im Übrigen auch getan), aber wir wissen auch, dass es nur erfolgreich und gut wird, wenn beide Seiten es wollen, um meinen Vergleich von gerade eben abzuschließen. Auch macht es sich die Verwaltung manchmal zu kompliziert. Anstelle zum Beispiel unseren Antrag zur Beleuchtung des Rad- und Fußweges zwischen Rißegg und Rindenmoos wohlwollend im Rahmen der Ausschreibungen zum neuen Baugebiet zu prüfen, muss jetzt für diesen speziellen Fall einer besonderen Wegebeziehung zwischen den beiden Teilen eines Ortes eine Grundsatzvorlage her. Ein weiteres Beispiel ist die Stelle der Geschäftsführung der Wielandstiftung. Ja, zum Ende haben andere Fraktionen mit Ihrer Mehrheit unseren Antrag abgelehnt, zurück zu den ursprünglichen 100 Prozent Stellenumfang zu gehen, aber auch die Freudlosigkeit des Kulturdezernenten hierüber nachzudenken, wie aus dem Kulturetat einige 10.000 Euro für die Finanzierung frei gemacht werden könnten, haben mit zu diesem Resultat geführt. Es besteht die Gefahr, dass die Stiftung in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird – Kontinuität hätte der Stiftung gut getan. Wir danken an dieser Stelle ganz ausdrücklich dem OB für seinen guten Kompromissvorschlag, der im Kuratorium sehr positiv aufgenommen wurde, letztendlich aber auch scheiterte. Für die Kultur wird zukünftig zu überlegen sein, wie die Prioritäten zu setzen sind. Wir werden dies beim nächsten Kulturbudget aufrufen. Ein von uns in diese Richtung eingebrachter Antrag zu den Budgets wurde ja so auch beschlossen.

Das Wort der Haushaltsplanberatungen 2016 ist eindeutig "mittelfristig". Mittelfristig wird über das finanzielle Zukunftskonzept nachgedacht, mittelfristig Gedanken zum Personalhaushalt gemacht, mittelfristig die bessere Beschilderung der Hallen geprüft und last but not least mittelfristig das Management von Gewerbeflächen angedacht. Nun, an sich ist mittelfristig ja nichts Negatives. Rom wurde nicht an einem Tag erbaut und Biberach muss nicht zum selben Zeitpunkt Lösungen für verschiedenste Maßnahmen oder Vorhaben entwickeln. Wichtig ist nur, dass diese Ziele im Auge behalten werden und nicht In Vergessenheit geraten. Wir werden die Verwaltung hier tatkräftig unterstützen und auch in den kommenden Jahren das für uns sehr wichtige Thema "Zukunftsfähigkeit unserer Stadt" immer und wieder aufrufen, verbunden mit der Hoffnung, dass mittelfristig nicht durch langfristig ersetzt wird. Diese Zeit haben wir trotz der guten Rahmenbedingungen nicht. Strategische Ziele und operatives Handeln sind ein und dieselbe Seite der Medaille.

Mit dem Beschluss zur Fortsetzung der Stellendeckelung wurde ein richtiger Schritt getan. Noch ist die Verwaltung nicht glücklich, dass der Gemeinderat dies so beschlossen hat. Dies wird sich

aber ändern, da dieser von uns gestellte Antrag auch zur Disziplinierung der Gremien beiträgt. Insofern, liebe Verwaltungsspitze, erwarten wir zu diesem Thema mittelfristig wieder glücklichere Gesichter auf der Verwaltungsbank, wenn bei Anträgen der Fraktionen hierauf verwiesen werden kann. Die Stellendeckelung ist im Übrigen auch in einem direkten Zusammenhang mit der Aussage von EBM Wersch zu sehen, dass wir zu viel Geld ausgeben. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass sich dies nicht nur auf die Investitionen, sondern auch auf die allgemeinen Ausgaben im Verwaltungs- und Personalhaushalt zu beziehen hat. Wir konnten daher auch nicht dem Antrag zur Senkung der Grundsteuer folgen. Im Sinne einer stringenten Argumentation kann die Einnahmeseite solange nicht geschwächt werden, so lange kein Konzept zur Ausgabenbeschränkung besteht.

Schade ist, dass das Gremium unserem Antrag eines Projekttopfes zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements nicht gefolgt ist. Unser Ziel war es, Initiativen aus der Bürgerschaft unbürokratisch mit kleineren Beträgen analog dem kommunalen Bildungsplan zu unterstützen. Nicht jeder, der eine gute Idee für das Gemeinwohl hat, traut sich an Stiftungen heran oder will die Antragswüste staatlicher Fördermittel durchleiden. Die Stelle des Ehrenamtsbeauftragten hätte eine Aufwertung erfahren, bei gleichweise geringen Mitteln. Wir sind uns sicher, dass bei einer positiven Darstellung der Möglichkeiten die Fördermittel in Höhe von 20.000 Euro jährlich viel Gutes im sozialen Miteinander hätten bewirken können. Nur zum Vergleich: zwei Fraktionen wären bereit gewesen, für eine ökologisch eher untergeordnete Dachbegrünung 100.000 Euro auszugeben. Es darf daher gefragt werden, was ist nachhaltiger? Apropos nachhaltig. Dies gilt auch für Anträge an das Gremium. Diese sollten so durchdacht sein, so dass eine Umsetzung auch denkbar ist. Im Zweifelsfall hilft eine Anfrage an die Verwaltung, um wichtige Begriffe richtig einzuordnen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Sicherheit in unserer Stadt. Deshalb haben wir die Vorlage der Verwaltung zur Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes sehr begrüßt, so wie wir dies als CDU auch beantragt hatten. Ich möchte es nochmals betonen, trotz der jüngsten Vorkommnisse ist Biberach in Summe noch eine sichere Stadt. Dies kann sich aber auch ändern. Sicherheit wird aber eines der Kernthemen der nahen und nicht – jetzt bemühe ich nochmals das Biberacher Wort des Jahres - mittelfristigen Zukunft sein. Nur: wir können als Kommune nicht alles übernehmen und abfedern, was das Land versäumt. Hier wiederhole ich meine bereits im letzten Jahr geübte Kritik an der Polizeireform und es ergeht daher mein Appell an das nun von der CDU geführte Innenministerium, schnell das Rad wieder ein Stück in die richtige Richtung zu drehen. Wir benötigen mehr Polizei, die näher am Bürger und mehr in der Fläche ist. Die Funktionen sind wieder zu dezentralisieren. Wir sollten nicht warten, bis das Land auch hier ein schlechtes Zeugnis ausgestellt bekommt, wie jüngst in der Bildungspolitik.

Lassen Sie mich wieder zum Beginn meiner Rede zurückkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das Interesse der Bürgerschaft an den Beratungen beschränkte sich im Wesentlichen auf die Berichterstattung in der Schwäbischen Zeitung und dem Biberach Kommunal. Wer kann dies den Bürgerinnen und Bürgern verübeln? Selbst uns Gemeinderäte überfällt von Zeit zu Zeit ein Gefühl der Langeweile, wenn wir uns in Ritualen und Prozessen üben beziehungsweise darin verlieren. Die Gestaltung des kommunalen Gemeinwesens ist aus meiner Sicht einer der Grundpfeiler unserer Demokratie. Sie wirkt unmittelbar, ist persönlich und nachvollziehbar und zumeist an der Sache orientiert. Ok, Ausnahmen bestätigen die Regel. Dem Gemeinderat kommt dabei die zentrale Funktion zu. Er nimmt auf und bündelt Maßnahmen, Prozesse, Meinungen und Ideen und fungiert als Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung. Der Gemeinderat sollte sich aus

meiner Sicht – und dies ist meine persönliche Erfahrung aus mehr als 18 Jahren in diesem Gremium - mehr auf diese ihm zugemessene politische Aufgabe konzentrieren und sich weniger als operativer Teil des Verwaltungshandelns verstehen. Ich weiß, es gibt hierzu auch eine andere Auffassung hierzu und auch diese ist sicher legitim. Doch: sehen Sie sich bitte um. Wir haben vergleichsweise wenige Bürgerinnen und Bürger heute Abend hier. Dies ist ein Stück weit nachvollziehbar. Wer hat an einem Wochentag die Zeit, um bereits um 17 Uhr in eine Sitzung zu gehen, die sich oftmals mehr durch Formalitäten als durch Spannung auszeichnet. Wir benötigen eine Selektion der Themen (Stichwort hier mehr Befugnisse für die Verwaltung in der Umsetzung) bei gleichzeitiger grundsätzlicher Kontrolle der politischen Zielerreichung. Würde sich hier nicht eine Art Geschäftsbericht anbieten? Was wurde geplant, was wurde wie erreicht und warum nicht? Dies zusammengefasst in einer übersichtlichen Form für die Öffentlichkeit. Maßnahmen und Vorhaben gegliedert nach Thema, Ergebnis und Folge/Wirkung sowie Chancen und Risiken. Keine unverständliche Texte und technische Protokolle, einfach eine übersichtliche Darstellung in den Print- und elektronischen Medien, die bei Bedarf vertieft und auch kommentiert werden kann.

Der Gemeinderat der Zukunft hat sich aus meiner Sicht daher Gedanken über sein Selbstverständnis zu machen. Ich möchte dies nochmals mit dem Thema Teilhabe begründen. In der heutigen Konstellation schließen wir schlichtweg Teile der Bevölkerung für eine Mitarbeit aus. Es wäre nicht gut, wenn sich das Gremium zukünftig im Wesentlichen aus dem Kreis der Rentner, Lehrer, Sozialarbeiter oder Selbständigen zusammensetzt. Wir haben uns so zu organisieren, dass auch andere Alters- und Berufsgruppen in der Lage sind, dieses wichtige Ehrenamt auszufüllen. Ein erster Schritt wäre die Entschlackung der Tagesordnung mit späterem Beginn bei gleichzeitig geringerer Sitzungsfrequenz. Dies setzt aber Mut in der Neuordnung der Aufgaben voraus. Ich komme daher zu dem Schluss, dass der Gemeinderat der Zukunft mehr Aufsichtsrat der Verwaltung ist, ausgestattet mit dem politischen Mandat der Bürgerschaft.

Dem Gremium selbst würde ein von Zeit zu Zeit nachhaltigerer Wechsel gut tun, um neuen Ideen und frischem Wind Raum zu geben. So ist zum Beispiel der Bundespräsident nur einmal wieder wählbar oder das Amt der Schöffen wurde auf zwei Perioden begrenzt. Um nicht falsch verstanden zu werden, ich spreche mich jetzt nicht für eine Begrenzung der Amtszeit von Mandatsträgern aus. Bedeutender ist, dass man sich von Zeit zu Zeit die Frage stellt, kann ich dieses Mandat weiterhin mit gutem Gewissen ausfüllen.

Nun, bei uns ehrenamtlich Tätigen kommt ja noch ein weiterer Aspekt dazu. Wie bekomme ich diese Aufgabe neben dem Beruf und Familie so unter einen Hut, dass weder das eine noch das andere darunter leidet. Diese beiden Fragen habe ich mir in den vergangenen Monaten häufig gestellt. Ich habe daher heute den Oberbürgermeister darüber informiert, Sie, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, zu bitten, mich zum 20.02.2017 aus diesem Gremium zu entlassen. Warum diese Bitte? Zum einen bin ich nun seit 1998 Mitglied dieses Gremiums, davon seit 2004 im Fraktionsvorstand. Rechnet man meine Zeit als Stadtverbandsvorsitzender dazu, dann bin ich weit über 20 Jahre politisch führend für die CDU in dieser Stadt aktiv. Nicht ganz gschlampert, salopp gesagt. Im Sinne der Verantwortung ist nach all den Jahren - nach meinem Empfinden - ein Wechsel in der Führung angebracht. Das Mandat ist vom und für den Bürger und nicht für die eigene Person. Natürlich, das will ich nicht verschweigen, spielen auch andere Gründe, wie meine derzeitige hohe berufliche Inanspruchnahme, eine Rolle. Aber keine Sorge, so ganz werde ich mich nicht aus der Politik zurückziehen. Dafür ist mir diese Arbeit für unser Gemeinwohl zu wichtig. Ich behalte mein Ortschaftsratsmandat und wer weiß, vielleicht sieht man sich wieder in 3 Jahren auf der Kandidatenliste für ein anderes Gremium: dem Kreistag. Und noch etwas: Nein,

ich gehe nicht im Frust. Und ja, es hat mir viel Spaß gemacht, mit Ihnen für unsere Stadt zu arbeiten und es macht mir dies immer noch. Doch jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Weichen neu zu stellen. Bissel paradox, mit 51 als einer der jüngsten hier im Gremium sozusagen altersbedingt auszuscheiden. Aus diesem Grund habe ich bewusst auch einige kritische und grundsätzliche Worte in diese meine Rede eingebaut, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich hoffe, Sie sehen mir das nach. Zur Beruhigung: am 20.02.erspare ich dies Ihnen.

Mit deutlicher Überschreitung der Zeitvorgabe darf ich nun zum Schluss kommen. Der Dank der CDU geht an alle Beteiligten: an die Verwaltungsspitze mit OB Zeidler, EBM Wersch, BM Kuhlmann und Dr. Riedlbauer; an alle Amtsleiter, hier vorweg Frau Leonhardt; sowie bei allen Beschäftigten der Stadtverwaltung.

Ich wiederhole auch gerne meine Worte aus der ersten Lesung: der Dank gilt auch unseren Unternehmen mit ihren Mitarbeitern und bei allen ehrenamtlich Tätigen sowie bei sämtlichen Organisationen, Institutionen und Vereinen, denen das Wohl unserer Stadt und seiner Bürgerinnen und Bürger ein hohes Anliegen ist". Nicht zu vergessen die Presse als Informationsbindeglied zwischen den Bürgern und ihren Räten.

Im Namen der CDU-Fraktion wünsche ich Ihnen nun besinnliche Weihnachtstage und alles Gute für 2017. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Für die SPD-Fraktion äußert sich StR <u>Keil</u> wie folgt: "Sehr geehrte Damen und Herren, die heutige Sitzung ist ein Rückblick darauf, wie unsere Fragen und Anträge in den Ausschüssen bearbeitet und diskutiert wurden – es war interessant, zu hören und auch zu spüren, was den Fraktionen und der Verwaltung wichtig war, woran das Herz hing – und woran eben nicht.

Heute ist aber auch und vor allem Zeit für einen Blick nach vorn: wir können nun deutlich sehen: was soll 2017 alles getan werden, was kann in dieser Stadt bewegt werden – und was aber auch nicht.

Ein Problem sei vorweg genannt: noch der Haushaltsplan für 2016 prognostizierte für 2018 einen Rückgang der Rücklage auf 37 Mio. Euro. Der neue Plan für 2017 stellte ursprünglich 72 Mio. Euro dar. Die vorliegende Haushaltssatzung weist nach dem Verzicht auf die Birkendorfschule einen Betrag über 80 Mio. Euro aus. Eine präzise Planungsunterlage sieht etwas anders aus. Diese circa 80 Mio. Euro sind schön, aber schwierig.

Bemerkenswert war die Diskussion über das Personal. Gut finden wir, dass die Verwaltung auf unseren Antrag für einen hauptamtlichen Feuerwehrkommandanten positiv reagiert hat. Allein die Hochwasserereignisse haben gezeigt, dass die Aufgaben und Verantwortung unserer Feuerwehr eher wachsen als abnehmen. Eine insgesamt leistungsfähige, kreative, flexible Verwaltung ist ja das beste Stadtmarketing. Also: rasche Baugenehmigungen, verlässliche Betreuung der Kinder, solide Stadtreinigung: unsere Bürger erwarten mit Recht, dass das, was die Stadt für sie tut, viel mehr als eben nur durchschnittlich ist, weil in dieser Stadt überdurchschnittliches geleistet wird. Es gibt Bereiche, in denen wir "Spitze" sind, z.B. in der Kultur und dafür braucht es nun mal Personal. Ausreichend Personal! Aber da sehen wir auch Probleme. Die SPD hat den Eindruck, dass wenn wir über Stellendeckelung sprechen, wir über das falsche Problem sprechen. Unseres Erachtens ist die Gewinnung von gut qualifizierten Menschen, die für uns arbeiten und mit uns diese Stadt umtreiben, das viel dringendere Problem, dem man sich in Zukunft stellen muss. Bei einzel-

nen Stellenbesetzungen haben wir in der Tat Glück gehabt. Aber eben nicht bei allen. Dieses Thema klang übrigens auch etwas bei der letzten Hospitalratsitzung an, bei der ich als Vertreter zu Gast sein durfte. Unsere Bitte, Fluktuationen und Krankenstand weiter zu beobachten und zu dokumentieren hat ja den Sinn, dass wir mit Nachdruck erwarten, dass für die Menschen, die in dieser Stadt arbeiten, etwas getan wird: großzügig Fortbildung ermöglichen, etwas für Weiterbildung und Qualifizierung tun; positives Beispiel: der Beschluss, beziehungsweise die Praxis, die wir sehr gut finden, dass die guten Azubis im Betreuungsbereich gehalten werden und ihnen Perspektiven für eine Tätigkeit aufgezeigt werden. Ein Nachsatz noch zur beantragten Stelle der Wieland-Stiftung. Ich glaube, wenn die Stelle als normale Stelle beantragt worden wäre, die Entscheidung wahrscheinlich anders gefallen wäre.

Besonders im Bauausschuss hörten wir gehäuft, dass Projekte geschoben werden, zum Beispiel der Hochwasserschutz Kräfte bindet. Mit Sorge sehen wir die Entwicklung bei der WG-Sanierung, ebenso auch bei der Stadthalle. Wir sehen, dass wir uns sehr, vielleicht zu sehr auf externe Berater verlassen müssen. Eigenes Personal mit unabhängigen und kritischen Blick würde womöglich Kosten sparen! Also bringen wir die Diskussion um das Personal auf die Formel: Wir sollten nicht unter dem Niveau unserer Möglichkeiten handeln.

Unsere Frage nach der Mittelbergschule wurde mit der Zusicherung beantwortet, das Jahr 2017 für eine sorgfältige Planung zu nutzen. Hoffentlich wird das jetzt auch von der Schule, der Schulleitung und den Eltern gehört. Und wir hoffen, dass jetzt auch von dieser Seite ein Beitrag erwartet wird.

Enttäuscht sind wir darüber, dass viele unserer Anträge zur Verkehrssicherheit, obwohl nicht kostenintensiv, wenig Resonanz gefunden haben. Was wir an vielen Stellen beobachten, das ist doch eine Art Enteignung des Bürgers: zugeparkte Gehwege am Holzmarkt zum Beispiel nehmen Raum, nehmen Zeit, nehmen Gesundheit, nehmen Bewegungsfreiheit. Wirksame Kontrollen, zum Beispiel der "Poser" hätte abschreckende Wirkung und würde signalisieren, dass sich die Bürger "ihre" Stadt nicht nehmen lassen wollen. Die Verlangsamung der Verkehrs an wenigen Stellen, zum Beispiel vor der Braithschule, könnte ein Hinweis darauf sein, dass uns an der Altstadt, an ihren Möglichkeiten und Chancen, aber auch an Kindern, die zur Schule gehen, wirklich etwas liegt. Es geht darum, der im Augenblick wirklich lieblosen Situation ein Ende zu bereiten.

Auf den versprochenen Kreisel im Gaisental sind wir gespannt. Wir gestehen ehrlich: uns dauert dieser Prozess schon viel zu lang. Dies ist wahrscheinlich eines der Beispiele, bei denen Projekte auch aufgrund Personalmangels auf Eis liegen.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die Bearbeitung unserer Anträge und Fragen. Ich schließe mit einem Wunsch an Sie alle: Hoffentlich finden Sie in den kommenden Tagen Zeit, sich Bachs Weihnachtsoratorium anzuhören. Vielleicht tut uns diese tröstliche Musik gut, wenn man wie ich eigentlich emotional davon überfordert ist, dass wir auf der einen Seite in einer wunderbaren Stadt leben und gleichzeitig in einer Welt, in der viele fürchterliche Dinge passieren, unter anderem auch in Syrien. Lassen Sie sich davon berühren, vor allem vom Eingangschoral. Es heißt dort: "Lasset das Zagen, verbannt die Klage, stimmt voll Jauchzen und Fröhlichkeit ein!"

Anschließend äußert sich StRin <u>Goeth</u> für die Freien Wähler wie folgt: "Wieder liegt ein Jahr hinter uns, in dem die Stadt Biberach aus dem Vollen schöpfen und sich positiv weiter entwickeln

konnte. Wir können mit Stolz auf das Erreichte zurück blicken. Unser aller Wunsch ist natürlich, dass es so weitergeht, dass die Steuereinnahmen sprudeln und damit nicht nur die laufenden Aufgaben finanziell geschultert, sondern Vermögenswerte aufgebaut werden können. Das soll gelingen, ohne dass die Rücklagen der Stadt über Gebühr geschröpft werden. Denn die sind nicht zum Verprassen in fetten Jahren, sondern für schlechtere Zeiten da.

Wir haben in unserer ersten Stellungnahme zum Haushalt 2017 den Finger tief in die Wunde gelegt und die zunehmende Schieflage der städtischen Finanzen kritisiert. Jetzt, am Ende der Haushaltsberatungen sind wir etwas entspannter. Es wurden keine Anträge eingebracht, die den Rahmen komplett gesprengt hätten. Die Zurückstellung des Neubaus der Grundschule im Talfeld schafft finanziell und personell Luft, und die Senkung der Kreisumlage um 1,6 Mio. Euro macht auch im Jahr 2017 eine Zuführung zum Vermögenshaushalt möglich. Natürlich wurden Wünsche laut, es mögen bestimmte Investitionen doch noch im Investitionsplan nach vorne gerückt werden. Aber das etwas altbackene Sprichwort "Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut" gilt auch für Biberach. Auch die wohlhabende Stadt Biberach wird mal eine Zeitlang mit einer maroden Straße, einem sanierungsbedürftigen Gebäude oder einem Provisorium leben können – in anderen vergleichbaren Städten ist dies die Regel. Wenn wir vermeiden wollen, dass die Personalkosten explodieren und damit eine große Belastung für künftige Haushalte entsteht, müssen sich Projekte und Wünsche am personell und finanziell Leistbaren orientieren. Das bedeutet halt auch mal warten und verschieben. Wir haben auch eine Verantwortung für nachfolgende Generationen in Gemeinderat und Verwaltung, die ihre Akzente setzen, ihre Vorstellungen von der Weiterentwicklung der Stadt umsetzen wollen. Dafür müssen wir ihnen ausreichend Mittel hinterlassen. Entwicklung ist ein ständiger Prozess. Er erfolgt nicht heute, um morgen in den Stillstand zu münden.

In einer Stadt, die Geldsorgen hat, wird jeder Cent umgedreht, Ausgaben und Zuschüsse sorgfältig auf ihre Notwendigkeit geprüft. Dieses kritische Hinterfragen gerät in Biberach zunehmend in Vergessenheit. Man möchte ja so gerne alle Wünsche erfüllen, Bürger und Verwaltung zufrieden stellen. Nach dem Motto "Biberach kann es sich leisten" häufen sich Zuschüsse und freiwillige Aufgaben, die die Stadt auf Dauer übernimmt. Ein "zurück" gibt es in der Regel nicht. In der berühmten Anlage 13, in der alle freiwilligen Zuschüsse aufgelistet sind, ist inzwischen die 10-Mio-Marke geknackt. Über 10 Mio. Euro gewährt die Stadt alljährlich an freiwilligen Zuschüssen! Die Freien Wähler fühlen sich allmählich wie einsame Mahner in der Wüste, wenn sie Ausgaben kritisch unter die Lupe nehmen und auch mal nein sagen. Das ist unbequem und unbeliebt. Aber wenn es gar keiner mehr macht....? Von unserem OB haben wir gelernt, dass man manche Dinge mit Zitaten auf den Punkt bringen kann. Deshalb hier zwei Zitate: Voltaire sagt: "Der Zweifel ist der Wahrheit stärkste Waffe", und Habermas sagt: "Nicht Denkverbote helfen weiter, sondern die glasklare Luft eines aufgeklärten, keinem Zwang unterworfenen Disputes". Genau so verstehen die Freien Wähler die Demokratie.

Auch das städtische Personal liegt den Freien Wählern sehr am Herzen. Wir haben einer weiteren Deckelung des Personalbestands zugestimmt, nicht um den Arbeitsdruck auf das vorhandene Personal zu erhöhen. Im Gegenteil: Aufgaben, die über den Pflichtteil hinausgehen, sollen an die Leistungsfähigkeit des Personals angepasst werden. Stichwort: Entschleunigung. Die Ausarbeitung von Strategien und Konzepten, wie sie in etlichen Anträgen gefordert wurden, nehmen viel Zeit in Anspruch, Zeit, die in der Verwaltung angesichts der Aufgabenfülle knapp ist. Als Wort des Jahres oder vielleicht auch Unwort des Jahres hat sich der Begriff "mittelfristig" etabliert. Dahinter verbirgt sich ein unbestimmter Zeitraum zwischen circa drei und acht Jahren, in dem solche Konzepte erarbeitet werden sollen.

Biberach ist eine Wohlfühlstadt mit tollen Angeboten sowohl an Arbeitsplätzen, an Bildung und Betreuung, an Freizeiteinrichtungen sowie im Bereich Kultur. Dies gilt es zu erhalten und - ich wiederhole - weiter zu entwickeln. Die Bedürfnisse der Gesellschaft ändern sich rasant: Die Älteren wollen trotz mancher Beeinträchtigung selbständig leben und am öffentlichen Leben teilnehmen. Darauf müssen Stadtplanung und Wohnungsbau reagieren. Die Jungen wachsen in einer völlig neuen Medienwelt auf, die vor allem die Bildungs- und Berufsanforderungen verändert. Die Familienstrukturen sind einem massiven Wandel unterworfen, Stichwort Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Kommune muss mit Kinderkrippen und Ganztagesbetreuung reagieren. Man könnte die Liste beliebig verlängern mit Themen wie Verkehr, Lärm, Sicherheitsbedürfnis, verändertes Einkaufsverhalten etc. Den Kommunen geht die Arbeit nicht aus. Die Voraussetzungen in Biberach sind gut. Aber wir müssen Geld und Manpower einteilen. Es darf kein Burnout geben, weder bei den Finanzen noch beim Personal. Die Freien Wähler arbeiten konstruktiv, aber auch kritisch konstruktiv, an der Bewältigung dieser Aufgaben mit.

Starten wir voll Kraft ins Jahr 2017. Dass Verwaltung und Gemeinderat diese Kraft haben, haben sie bei der Erstellung und Bearbeitung des Haushaltsplans gezeigt: Ein gewaltiges Werk, erstellt in monatelanger Arbeit von der Verwaltung und bearbeitet in einem Sitzungsmarathon von den Gremien. Die zahlreichen Fragen und Anträge wurden innerhalb weniger Tage von der Verwaltung fundiert beantwortet, sodass bei den Ausschussberatungen viele Punkte ohne weitere Diskussion abgehakt werden konnten. Und wenn es doch mal intensivere Diskussionen und sogar Kampfabstimmungen gab, dann ist dies Zeichen einer lebendigen Demokratie.

Die Freien Wähler danken allen Beteiligten und stimmen dem Haushalt 2017 zu."

StR <u>Funk</u> äußert sich für die FDP-Fraktion wie folgt: "Über Wochen beschäftigte sich der Stadtrat mit dem Haushaltsplan 2017. Über einen nicht unerheblichen Teil befinden die Gemeinderäte gar nicht mehr, weil die Entscheidungen wie beim Kulturbudget der Verwaltung überlassen werden. Weiterhin bedenklich bleiben für die FDP die gewaltigen Personalkostenauslagerungen wie in den Verein Jugend Aktiv. Keine einfache Aufgabe ist es, zusätzlich zum städtischen Haushalt auch den Hospital; die Wieland-Stiftung, die Stadtwerke GmbH mit deren Beteiligung an der e.wa riss, sowie die beiden Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Wohnungswirtschaft zu überwachen.

Die Zuführung (Ertragskraft) liegt laut Haushaltsplan 2017 bei null. Diese Tatsache führte bei der 1. Lesung zu unterschiedlichen Einschätzungen der Fraktionen und nicht deckungsgleichen Reden von OB Zeidler und von EBM Wersch. Eine Klarstellung ist nötig: 9,6 Mio. Euro, die in 2017 an zusätzlichen Umlagen zu zahlen sind, wurden bereits 2015 als Einnahmen verbucht. Da der Haushalt nicht auf Kante genäht ist, rechnet die FDP-Fraktion mit einer Ergebnisverbesserung von zirca 3,6 Mio. Euro. Betriebsprüfungen sorgen erfahrungsgemäß für weitere nachträgliche Einnahmen. Wenn trotz dieser sehr guten Zuführung die Rücklagen abschmelzen, so steht dies in engem Zusammenhang mit langfristigen Investitionen in Straßen, Schulen und Kindergärten. Diese Politik ist nachhaltig. Hätten Verwaltung und Gemeinderat keinen Sanierungsstau zugelassen, so wären einige Rücklagen erst gar nicht entstanden. Dieser Haushaltsplan hätte jederzeit die von der FDP gewünschte Grundsteuersenkung auf 200 Prozent-Punkte zugelassen, die wir früher schon einmal in Biberach hatten und von der alle profitiert haben. Klar ist aber auch, dass nicht laufend von der Stadt Aufgaben erledigt werden können, für die Kreis, Land oder Bund zuständig sind.

Zu unseren Anträgen: Wir bedauern natürlich die ablehnende Haltung aller anderen Fraktionen zur Grundsteuersenkung sehr. Wir werden uns aber weiter darum bemühen, dass es in Biberach bis zur Grundsteuerreform stimmige Bodenrichtwerte geben wird. Wir danken der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Zustimmung zu unserem Antrag, das letzte Kindergartenjahr ge-

bührenfrei zu stellen. Schade war, dass die SPD von ihrer früheren Zustimmung auf Enthaltung geschwenkt ist, ohne dies zu begründen. Schön war es zu bemerken, dass wir erstmals etwas Unterstützung von der Verwaltung verspürten, um die Personalauslagerungen in Vereine zu beenden. Die Verwaltung sagte auch zu, den Gemeinderat zu informieren, wenn Grundstücke angeboten, aber nicht gekauft, werden. "Die Verwaltung zeigt auf, wie das Haus Schulstraße 26 saniert oder erneuert werden kann". Die derzeitige Zuständigkeit für das Haus liegt beim kaum kontrollierten Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft der Stadt Biberach, der nach Auffassung der FDP-Fraktion viel zu wenig Personal hat, um die unterschiedlichen Aufgaben gut erledigen zu können. Die FDP-Fraktion fordert hier zwingend, auch strukturelle, Veränderungen.

Das Haus Schulstraße 26 wird uns alle noch einige Zeit beschäftigen. Die Verwaltung bleibt aufgefordert für vollständige Transparenz zu sorgen und die Leserbriefe zu beantworten. Sollte die Bausubstanz nicht marode sein, wird die FDP-Fraktion einem Verkauf des Hauses vorerst aus vielen Gründen nicht zustimmen und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wohnungswirtschaft widersprechen.

In regelmäßigen Abständen hat die FDP-Fraktion den nach der Kameralistik aufgestellten Haushalt der Stadt Biberach "umgeschrieben" und nach der doppelten Buchführung dargestellt. Dies hat in diesem Jahr Herr Wersch bei seiner Darstellung der Zahlen zur 1. Lesung dankenswerterweise übernommen. Das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt reduziert sich im Plan 2017 so von 171.122.000 Euro auf 67.242.300 Euro. Im Durchschnitt der Jahre erhöht sich dieser Betrag noch um eine gute Zuführung zum Vermögenshaushalt, wie vorher dargestellt. Die Personalkosten betragen laut Plan mit Auslagerungen über 31,5 Mio. Euro oder fast 50 Prozent der Ausgaben im Verwaltungshaushalt. Der ungebremsten Dynamik der Personalkostensteigerungen müssen Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam entgegenwirken. Diese Gemeinsamkeit ist derzeit noch nicht zu erkennen.

Es gibt viele Möglichkeiten die Kosten zu reduzieren, ob im Personalbereich oder bei den Sachkosten. Beide sind nach Auffassung der FDP-Fraktion untrennbar miteinander verbunden. Wir können die Anzahl der Einrichtungen überprüfen, Doppelstrukturen abbauen, in der Region zusammenarbeiten, Synergieeffekte nutzen und die Effizienz steigern. Bei Sanierungen und Neubauten müssen die Größe der Räume und die Standards, wie derzeit praktiziert, kritisch betrachtet werden. Zuletzt ist es nach Auffassung der FDP-Fraktion auch nicht immer nötig, bei Freiwilligkeitsleistungen die Kassen von Kreis, Land und Bund zu entlasten. Unsere eigene Wieland-Stiftung würden wir aber während der Niedrigzinsphase gerne finanziell so stellen, dass die Geschäftsführung wie zur Zeit der Gründung der Gesellschaft arbeiten kann.

Alle Fraktionen waren mit ihren Änderungsanträgen zum Haushalt wenig erfolgreich und das obwohl die Stellungnahmen der Verwaltung nicht immer zufriedenstellend ausgefallen sind. Im Ergebnis ist die Sichtweise der FDP-Fraktion: Die Ertragskraft ist noch gut und die Abschmelzung der Rücklagen kein Problem, weil auf der anderen Seite auch neue Werte wie zum Beispiel Kindergärten und Schulen geschaffen werden oder der Sanierungsstau abgearbeitet wird. Es gab also keinen Grund, die von der FDP beantragte Grundsteuersenkung abzulehnen. Ungut ist es, auf Rekordsteuereinnahmen mit Rekordausgaben zu antworten. Die hohen Personalkosten müssen mittelfristig eingedämmt werden. Es gibt zu diesem Haushaltsplan 2017 nur eine schwache Zustimmung seitens der FDP-Fraktion, es bleibt ein großes Unbehagen wegen manchen zweifelhaften Entwicklungen.

Die FDP-Fraktion dankt allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Ebenso gilt unser Dank den Vertretern der Medien, die das kommunalpolitische Geschehen über das Jahr begleitet haben."

StR <u>Heidenreich</u> teilt mit, dass von seinen Vorredner alles gesagt worden sei. Er habe dem nichts mehr hinzuzufügen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Haushaltsplan 2017 der Stadt Biberach wird in der Fassung der Änderungen festgestellt.
- 2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

δ1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je
davon im Verwaltungshaushalt
im Vermögenshaushalt

46.165.000 €

2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigungen) von

0€

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von 58.483.330 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

§З

Die Hebesätze werden festgesetzt:

der Steuermessbeträge.

1. für die Grundsteuer

a) für die land- und forstwirtschaftlichen
Betriebe (Grundsteuer A) auf

b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf

250 v.H.
250 v.H.
250 v.H.

3. Der Stellenplan wird als Bestandteil zum Haushaltsplan (Anlage 1 zum Haushaltsplan 2017) in der Fassung der Änderung - **Anlage 4** zu Drucksache 2016/101 - festgestellt.

- 4. Die Bewirtschaftungs- und Sperrvermerke, wie im Haushaltsplan im Einzelnen dargestellt, werden bestätigt.
- 5. Das Investitionsprogramm der Finanzplanung 2016 2020 wie in **Anlage 2** zu Drucksache 2016/101 dargestellt wird festgestellt.

TOP 8. Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung 2016/088 (Abwassersatzung AbwS)

- Festsetzung der Abwassergebühren

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/088 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und Kenntnisnahme erfolgte im Bauausschuss am 08.12.2016.

Baubürgermeister <u>Kuhlmann</u> bezeichnet die vorgesehene Gebührensenkung als erfreulich. Der Eigenbetrieb habe sehr auskömmlich gewirtschaftet und Überschüsse aufbauen können, sein Dank gelte allen Mitarbeitern des Eigenbetriebs.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der von der Firma COMUNA in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach erstellten Gebührenkalkulation (Anlage 2) der zentralen Abwasserbeseitigung für die Kalkulationsperiode 2017 2019 mit den darin enthaltenen Ansätzen und Ermessensentscheidungen in Anlage 1 wird zugestimmt.
- 2. Der kostendeckende Gebührensatz für die Kalkulationsperiode 2017 2019 wird wie folgt festgesetzt:

Die Schmutzwassergebühr (§ 26 a) beträgt je m³ Abwasser	1,51 €.
Die Niederschlagswassergebühr (§ 26 b) beträgt je m² versiegelte Fläche	0,41 €.

Wird Abwasser in öffentliche Kanäle eingeleitet, die nicht an ein Klärwerk angeschlossen sind, beträgt die Gebühr je m³ Abwasser 0,70 €.

Es wird die in Anlage 3 beigefügte Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung-AbwS) vom 14. Mai 1990, zuletzt geändert am 9. Dezember 2013, beschlossen.

TOP 9. Haushaltsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach für 2016/100 das Haushaltsjahr 2017

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/100 zur Beschlussfassung vor. Der Gemeinderat wurde ordnungsgemäß zur Sitzung einberufen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Haushaltsplan 2017 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird festgestellt.
- 2. Folgende Haushaltssatzung wird erlassen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im **ERGEBNISHAUSHALT** mit dem

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	6.235.000 € -6.235.000 €
Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	0€
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0€
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0€
Veranschlagtes Sonderergebnis	0€
Veranschlagtes Gesamtergebnis	0€

2. im **FINANZHAUSHALT** mit dem

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.971.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.755.000€
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.216.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	500.000€
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-3.847.000 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.347.000 €
Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	-2.131.000 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	3.300.000 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.169.000 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	2.131.000 €
Änderung des Finanzierungsmittelbestands	0€

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und
Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

3.900.000 €.

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf festgesetzt.

2.000.000 €.

TOP 10.1. Bekanntgaben - Wieland-Stiftung

OB Zeidler gibt bekannt, dass die CDU-Fraktion am 26. September beantragt hatte, die Geschäftsführerstelle der Wieland-Stiftung wieder mit 100 Prozent zu besetzen. Die Stelle sollte dem Kulturdezernat zugeordnet und aus dem Kulturbudget finanziert werden. Die Wieland-Stiftung sollte sich ebenfalls an der Finanzierung beteiligen. Die Verwaltung habe daraufhin eine Beschlussvorlage ins Gremium eingebracht und der Hauptausschuss am 10. November entschieden, eine modifizierte Beschlussvorlage in den Gemeinderat einzubringen. Hierin wurde vorgeschlagen, den Umfang der Geschäftsführerstelle bis Ende 2019 auf 100 Prozent zu erhöhen. Finanziert werden sollte dies anteilig aus den Rücklagen der Stiftung, mittels eines einmaligen Zuschusses aus dem Kulturbudget sowie aus den allgemeinen Deckungsreserven der Stadt. Dieser Beschlussantrag sei vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt worden. Nach der heutigen Debatte möchte er daran erinnern, dass die Stadtverwaltung aufgrund der Gemeindeordnung für ein halbes Jahr an diese Beschlussfassung gebunden sei. Er könne diese Beschlussvorlage daher nicht einfach gleich noch einmal auf die Tagesordnung setzen.

TOP 10.2. Bekanntgabe eines nichtöffentlichen Beschlusses des Gemeinderats vom 27.10.16

2016/028

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/028 zur Information vor.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

TOP 11.1. Verschiedenes – Wieland-Stiftung

StR Pfender führt aus, dass die Geschäftsführerin der Wieland-Stiftung, Frau Buchwald, in den vergangenen Jahren mit großem Ideenreichtum und viel Engagement für die Stiftung gearbeitet und dabei viele Kontakte geknüpft habe. Auch sei es ihr gelungen, viele Fördermittel und Spenden einzuwerben. Mit ihrem Antrag vom September habe die CDU-Fraktion versucht, zumindest für die nächsten drei Jahre Kontinuität zu sichern, denn jetzt sei eigentlich die Zeit gekommen, die Früchte der Arbeit der vergangenen Jahre zu ernten. Er sehe auf breiter Front niemand außer Frau Buchwald, dem es gelingen könnte, größere Spenden für die Wieland-Stiftung einzuwerben. Diese Chance habe der Gemeinderat vertan, indem die Mehrheit des Gremiums signalisiert habe, nicht hinter der Arbeit von Frau Buchwald zu stehen. Vermutlich werde Frau Buchwald aufgrund dieser Tatsache in nicht allzu ferner Zukunft die Stadt Biberach verlassen. Alle Stadträte hätten genau gewusst, worüber hier abgestimmt wurde. Er finde es unglaubwürdig und etwas peinlich, wenn dieselben Personen, die diesen Beschluss mitgetragen haben, nun die Arbeit von Frau Buchwald loben. Und wenn StR Keil meine, die Wieland-Stiftung könne dieselbe Arbeit ohne Frau Buchwald leisten, dann müsse er dem energisch widersprechen. Selbst wenn man zu den aktuellen Konditionen eine halbwegs geeignete Nachfolgerin von Frau Buchwald finden würde, würde es Jahre dauern, bis wieder ein solches Netzwerk geknüpft wäre. Im Übrigen sei es mit einem Kulturdezernenten, der den Mut gehabt hätte, sich mit seinen Amtsleitern auseinanderzusetzen, ein Leichtes gewesen, die Stellenerhöhung aus dem Kulturbudget zu finanzieren. Wenn er dann höre, dass es bei einer Aufstockung der Geschäftsführerstelle nicht mehr möglich wäre, Veranstaltungen wie das Public Viewing bei Fußballspielen durchzuführen, dann frage er sich, was in dieser Stadt und im Kulturdezernat unter nachhaltiger Kulturpolitik verstanden werde. Im Frühjahr werde sich das Kuratorium zu einer Sondersitzung treffen müssen, um sich Gedanken über die Zukunft der Stiftung zu machen.

StR <u>Funk</u> erkundigt sich, ob ein Antrag zur Bezuschussung der Wieland-Stiftung ebenfalls unter die 6-Monatsfrist fallen würde. Der Antrag der CDU-Fraktion sei seiner Ansicht nach ungeschickt gewesen. Die FDP wolle, dass die Wieland-Stiftung zusätzliches Geld erhalte und zwar möglichst schnell. Er erwarte von der Verwaltung Auskunft darüber, ob ein entsprechender Antrag möglich wäre und falls ja, werde die FDP-Fraktion diesen Antrag stellen.

OB Zeidler erklärt, dass Anträge grundsätzlich jederzeit möglich seien.

StRin <u>Goeth</u> ist überrascht darüber, dass ein demokratisch gefasster Beschluss nun unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes erneut in Frage gestellt wird. Die Stelleninhaberin werde sehr wohl geschätzt, allerdings müsse man beachten, dass die Stiftung selbständig sei und ihr letztlich nichts weggenommen werde. Im Jahr 2012 habe die Stiftung einen Zuschuss erhalten und sich im Gegenzug bereit erklärt, die Geschäftsführerstelle so lange auf 50 Prozent zu beschränken, bis sie selbst in der Lage ist, ihre Aufgaben zu finanzieren. Dieser Beschluss sei vom Gemeinderat mit den Stimmen der CDU-Fraktion getroffen worden. Wenn die Stiftung genug Geld habe, könne sie Personal einstellen so viel sie möchte. Die Freien Wähler hofften, dass es gelingt, Frau Buchwald zu halten. Aber den nun eingeschlagenen Weg könnten sie nicht mitgehen.

OB <u>Zeidler</u> teilt mit, dass die zunächst nichtöffentlich geführte Debatte nun öffentlich wiederholt worden sei. Ob dies zielführend war, könne man unterschiedlich bewerten.

TOP 11.2. Verschiedenes – Jahresrückblick des Ersten ehrenamtlichen OB-Stellvertreters

StR <u>Hagel</u> würdigt in einer launigen Rede das vergangene Jahr: "Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zeidler, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, verehrte Damen und Herren, eine meiner schönsten Aufgaben ist es, zum Jahresende Ihnen allen - aber auch vor allem der Verwaltung - im Namen des Gemeinderats - Dank zu sagen und auf ein bewegtes Jahr zurückzuschauen.

Eigentlich könnte ich wie in jedem Jahr davon berichten, welche Volumina an Verwaltungsvorlagen von der Verwaltung vorbereitet - und vom Gemeinderat beackert wurden. Davon will ich abweichen und nur anhand weniger beispielhafter Ereignisse in Schlagworten kurz das Jahr 2016 Revue passieren lassen.

- Größtes Investitionsprogramm in der Geschichte der Stadt Biberach.
- Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes mit überschaubarer Bürgerbeteiligung.
- "Spatenstichjahr": Feuerwehrhaus, Jugendhaus, KiGa Rissegg und Talfeld wurden auf den Weg gebracht
- Facebook Aktivitätsranking Platz 1
- Am 05.04. Richtfest der Festhalle in Mettenberg
- Ebenfalls im April Richtfest Forum 2 der Fa. Handtmann / Aspach
- Bebauungsplan Hauderboschen
- Neubaubeschluss Malihalle
- Sanierungsbeschluss WG
- Einführung Stadtpass am 01.05.
- Im Mai sozialer Wohnungsbau im Talfeld bezugsfertig
- 40 Jahre Jugendsinfonieorchester
- 12.05. Ausrichtung der 60. IMTA
- 24.06. Einweihung der Liebherr Components GmbH am Flugplatz
- Verbesserung Radwegenetz Valenceallee und Gaisentalstraße
- 25.06. TOT im Rathaus Umbau für 1,2 Mio. Euro
- Kleine Schützentrommler werden 200 Jahre alt
- Gelungene erste Heimatstunde von Dieter Maucher nach Edeltraud Garlin
- Wechsel an der Doppelspitze der Schützendirektion; auf Bott / Ocker folgen Fuchs / Mebold
- 04.08. Status Quo rocken den Biberacher Marktplatz
- Start der Erweiterung Parkgarage Ulmer Tor
- 11.09. Gigelturm wieder offen; Roter Bau Haus der Archive nach gelungener Renovation on offiziell eröffnet
- 38. Filmfestspiele
- Deutsche Tennismeisterschaften / gestern sehr erfolgreich beendet
- Darüber hinaus weitere internationale Sport- und Kulturveranstaltungen, Vereinsaktivitäten mit einer Veranstaltungsvielfalt die einer Stadt mit 60.000 Einwohnern gut zu Gesicht stehen würde.
- Natürlich gab es auch Tiefpunkte in diesem Jahr wie die beiden starken Unwetter am 29.05. mit Starkregen und Überschwemmungen, sowie am 24.06. mit meinem zerstörerischen Namensvetter und mit durch Eis meterhoch verstopften Abflusslöchern.

Obwohl dies nur eine kleine Auswahl an Schlagworten war, die uns in diesem Jahr beschäftigten, ist daran das Ausmaß erkennbar, was in dieser Stadt alles bewegt wurde und bewegt wird von der Verwaltung, vom Gemeinderat, aber auch vor allem von einer enorm aktiven, ehrenamtlich sehr gut aufgestellten Stadt-Gesellschaft.

Doch nun zur Verwaltungsspitze, - der schwäbischen Antwort auf die Chippendales - auch wenn über die Verwaltung nicht ganz so frivol in der SZ berichtet wird, wie über den Auftritt der Chippendales im Ulmer Kongresszentrum.

"Tue Gutes und berichte darüber", dies ist ein Grundsatz in der Öffentlichkeitsarbeit, den unser OB perfekt beherrscht. So hat er in diesem Jahr - getreu dem Stadtmarketing-Konzept - zwei Marketing-Highlights gesetzt, für die jedes Werbebüro dick abkassieren würde. Wahrscheinlich kannte er den EU-Kommissar Günther Oettinger aus seiner früheren Tätigkeit noch so gut, dass er diesem - ein von ihm heiß begehrtes T-Shirt mit dem Aufdruck "klein- stark -oberschwäbisch" versprach, wenn er Biberach entsprechend in den Medien platziert. Dies gelang dann auch Oettinger, zwar zum Leidwesen des Biberacher Kirchengemeinderates, aber doch öffentlichkeitswirksam im Zusammenhang mit dem Widerstand der belgischen Provinz zum CETA Abkommen. Somit war Biberach in ganz Europa in den Medien - ein medialer Volltreffer; eben ganz im Sinne von: klein-stark-europäisch.

Der zweite Clou gelang unserm OB mit der Auswahl des diesjährigen Christbaumes. Getrieben von der Frage "wie schaffe ich es in die Landesschau in SWR 3?" erwählte er einen von natürlicher Schönheit geprägten Weihnachtsbaum, welcher dem Schönheitswahn von "Germanys next Christmastree" abschwört und uns alle im Sinne von "Baum sucht Stadt" in höchstem Maße erfreut. Der Hinweis eines Besuchers, man könne sich den Baum ja mit Glühwein schön trinken, war völlig überflüssig, denn dieser Baum ist wunderschön. Sehr gelungen fand ich übrigens auch die Aktion mit den Fahrradfahrern am Nikolaustag sowie Ihren Einsatz beim Weihnachtsbaumverkauf zugunsten des Simultaneums.

Lieber Herr Zeidler, ohne mein Lob vom vergangenen Jahr wiederholen zu wollen, können Sie zufrieden am 10. Januar Bergfest feiern, wir alle feiern ebenso zufrieden gerne mit. Was heute noch nach der Wahl ist, ist ab dem 10.01. dann vor der Wahl. Wir freuen uns schon heute auf einen langweiligen Wahlkampf.

Ein Highlight der etwas anderen Art ist für Sie in jedem Jahr die Teilnahme an der Bauausschusssitzung zum Haushalt. Als Vorsitzender des Hauptausschusses ist es für Sie wahrscheinlich etwas ungewohnt, dass im Bauausschuss sehr zielgerichtet mit konkreten Zeitangaben gearbeitet wird. Zum ersten Mal wurde ihnen mittelfristig klar, welche mittelfristig aufschiebende Wirkung mittelfristige Projekte haben. Da sie mit der mittelfristigen Zeitrechnung des Bauausschusses nicht zurechtkamen, antworteten Sie "Freunde! I merk mir des jetzt!" Solche mittelfristigen Drohungen sind wir von Ihnen gar nicht gewohnt - obwohl - der Satz begann ja mit Freunde! Sind wir also stolz darauf Ihre Freunde sein zu dürfen, obwohl 15 von uns Mitglieder im Bauausschuss sind.

So wie Sie bei der Eröffnung des Christkindlesmarktes das Wort Advent buchstabierten, kann man auch Zeidler buchstabieren:

Z – zuverlässig, zielstrebig

E - ehrlich, eloquent, empathisch

- I integer, intelligent, interessiert
- D Denker, dankbar, durchsetzungsstark, auch: demütig
- L Lenker, liebevoll, lebensfroh
- E einfühlsam, erfahren, erfolgreich
- R Radler, ruhig, respektvoll

Für Sie gilt nicht der respektlose Kommentar Wielands, den Sie zu Beginn der Haushaltsrede zitierten: "Bald wird die ansteckende Dummheit einer Amtsstube den wenig wässrigen Geist noch vollends auftrocknen." So gesehen sind Sie im übertragenen Sinne der Luftbefeuchter in Ihrer Amtsstube.

Doch nun zum rheinländisch/badischen Chippendale - ihn könnte man ästamieren mit der schwäbischen Weisheit: - "Nix gsait isch gnuag globet" . Lieber Herr Wersch, sie meistern den Spagat zwischen Ihren diversen Aufgaben als Aufsichtsrats-Vorsitzender, der ehrenvollen Aufgabe als Hospitalverwalter und der Verwaltung der städtischen Immobilien und Millionen ganz ausgezeichnet. Als leidgeprüfter Krisenmanager hatten Sie kein leichtes Jahr, aber die Erfolge können sich sehen lassen und wir sind mittelfristig auf einem sehr guten Weg. Habe ich sie im vergangenen Jahr noch als museales Artefakt bezeichnet, so folgt in diesem Jahr das upgrade zum keyaccount-manager oder zum ökonomischen eycatcher dieser Stadtverwaltung.

Die große Aufgabenfülle die in der gesamten Stadtverwaltung zu erledigen ist, ist optisch am ehesten im Baudezernat erkennbar, da uns die zahlreichen Tief- und Hochbauaktivitäten im Stadtbild besonders auffallen. Trotz zahlreicher Fremdvergaben ist aber auch der Betreuungsaufwand ganz enorm. Lieber Herr Kuhlmann, es ist bewundernswert, wie sie die Anstrengungen ihres Amtes und die darüber hinausgehenden unnötigen Belastungen meistern. Ich kann mich nur wiederholen und ihnen die volle Rückendeckung des Gemeinderats versprechen. Für die personellen Veränderungen in ihrem Amt wünschen wir ein harmonisches Gelingen.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahr möchte ich einmal einer Personengruppe besonders danken, deren wertvolle Arbeit in der gemeinderätlichen täglichen Arbeit oft nicht genügend erkannt und damit anerkannt wird. Es sind dies die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen. Ihr Aufwand ist nochmals deutlich größer als der eines normalen Ratsmitgliedes. Sie bereiten circa 35 Fraktionssitzungen vor, leiten die meist intensiven Diskussionen in der Fraktion zu den zahlreichen Vorlagen und führen sie zu einem Meinungsbild der Fraktionen zusammen. Oft geben sie auch den Prellbock für die öffentliche Kritik an Entscheidungen des Rates. Zu diesem Dank hat mich aktuell nicht der Rücktritt von Tom Abele veranlasst, sondern schon vor einigen Wochen hatte ich mir vorgenommen, im Namen aller Ratsmitglieder mich bei Christoph Funk, Peter Schmid, Marlene Goeth, Gabi Kübler und bei Tom Abele herzlich zu bedanken für den enormen Mehraufwand den sie betreiben, um dem Gemeinwohl zu dienen.

Ein weiterer Dank gilt auch den Damen und Herren der Presse, die - so wie auch wir Ratsmitglieder - mit ihrer Arbeit nicht immer auf ungeteilte Gegenliebe stoßen, die aber die Biberacher Öffentlichkeit sehr zuverlässig über unsere Arbeit informiert. Dafür besten Dank. - Wir wissen sehr wohl, dass es wesentlich leichter und prickelnder ist, eine halbe Seite mit entsprechendem Bild über die erotische Ausstrahlung der Chippendales zu schreiben, als aufregendes über den Bau von Toilettenhäuschen am Friedhof zu berichten.

Meine Damen und Herren, zum Ende eines erneut ereignisreichen Jahres geht der Dank des Gemeinderats an: Eine aufgeweckte, aktive Bürgerschaft mit allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer; an die Wirtschaft mit ihrer fleißigen Arbeitnehmerschaft; an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, welche in vielen Bereichen wieder überdurchschnittlich gefordert wurde; an die gesamte Verwaltungsspitze, die rundum eine ausgezeichnete Arbeit macht. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund unseres eigenen Tuns und Handelns bürdet sich dieser Gemeinderatsein absolut grenzwertiges Arbeitsvolumen zu. Herr Abele hat heute schon auf die Problematik hingewiesen und Veränderungsmöglichkeiten angedeutet. Um dies zu bewältigen, sind wir alle als ehrenamtliches Gremium auf professionelle Unterstützung durch die Geschäftsstelle des Gemeinderates angewiesen.

Liebe Frau Appel, mit ihrem Team mit Frau Zeiler, Frau Schmid, Herrn Achberger, Frau Linder und mit Frau Weber unterstützen sie uns sehr zuverlässig mit Rat und Tat. Wie in jedem Jahr sagen wir - der Gemeinderat und die Ortsvorsteher - Ihnen ein herzliches "Vergelt's Gott' für Ihren weit überdurchschnittlichen großen Einsatz. Bitte geben Sie den Dank auch an Ihr Team weiter.

Meine Damen und Herren, zwei Wünsche zum Abschluss: mir scheint es ist in unserer Gesellschaft uncool, zufrieden zu sein. Bei all dem Wissen über die weltpolitischen Zustände, aber auch bei aller Geschichtsreflektion der 70-jährigen Nachkriegsgeschichte in Mitteleuropa, sollten wir hier zufrieden sein, wenn nicht wir - wer dann. Beim zweiten Wunsch sei traditionell Wieland bemüht: Geschichte des Agathon "Ich bemühte mich zu beweisen, … dass der Reichtum allezeit Macht gebe, so wie die Klugheit den rechten Gebrauch der Macht lehre." Lassen sie uns also nicht nur mittelfristig zufrieden und klug handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend wünsche ich Ihnen allen, Besuchern - Presse - Verwaltung - Gemeinderat, ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, sowie ein gesundes und friedvolles Jahr 2017. Herzlichen Dank."

Gemeinderat, 19.12.2016, öffentlich

Zur Beurkundung:	
Vorsitzender:	 Oberbürgermeister Zeidler
Stadtrat:	 Hagel
Stadtrat:	 Keil
Schriftführer:	 Achberger
Gesehen:	 EBM Wersch
Gesehen:	 BM Kuhlmann